

Bulletin 3/26

NR. 223, SEPTEMBER 2026

GUATEMALA

Der Plan zur Wiedergutmachung ist ein wichtiger Schritt – aber kein Abschluss

KUBA

Solidarität mit dem Kinderspital «El Cerro»

KURDISTAN

Afrin: Die ersten Familien kehren zurück



medico international schweiz
Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich

Inhaltsverzeichnis

GUATEMALA Neuer Anlauf zur Wiedergutmachung	4
KUBA Solarstrom für Kinderspital	7
PALÄSTINA Humanitäre Hilfe reicht nicht	8
KURDISTAN Afrin, Afrin du schöne Stadt ...	10
ZUM SCHLUSS News & Veranstaltungen	12



Titelbild:
Mitglieder der Nationalen Plattform der Opfervereinigungen des internen bewaffneten Konflikts bei der Präsentation des neuen Wiedergutmachungsplans der guatemalteckischen Regierung im Februar 2026. ©FGER



Impressum
Bulletin 3/26, Erscheint viermal jährlich im Abonnement; jährlich Fr. 5.–
Gedruckte Auflage 5000 Exemplare
Redaktion Alice Froidevaux, **Layout** Siro Torresan
Konzept komunikat GmbH, **Druck** ropress Genossenschaft, Zürich
Herausgeberin medico international schweiz (CSS) Quellenstr. 25, 8005 Zürich, 044 273 15 55
Bildnachweise S.5: Plataforma Nacional de Organizaciones de Víctimas, S.6: mediCuba-Suisse, S.9: medico international schweiz, S.11: Kurdischer Roter Halbmond, S.12: Kurdistan-Report.

Editorial

Liebe Leser*innen

— Gerechtigkeit entsteht nicht von selbst. Sie muss erkämpft werden. Dieser Kampf verläuft selten geradlinig. Er kennt Fortschritte und Rückschläge. Was erreicht ist, muss immer wieder verteidigt werden. Gerechtigkeit braucht deshalb politischen Druck, das beharrliche Engagement der Zivilgesellschaft – und vor allem einen langen Atem.

In Guatemala legt die aktuelle Regierung 30 Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen einen neuen Plan für die Opfer des Bürgerkriegs vor – ein neuer Anlauf für eine ganzheitliche Wiedergutmachung. Dieser wichtige Schritt ist vor allem den Opferverbänden und der guatemaltekischen Zivilgesellschaft zu verdanken. Doch ein Plan allein schafft noch keine Gerechtigkeit. Die medico-Partnerorganisation AGPD wird als Selbsthilfevereinigung für Kriegsversehrte deshalb weiter dafür kämpfen, dass aus dem politischen Versprechen konkrete Wiedergutmachung wird.

In Kurdistan können Familien aus Afrin nach mehrfacher Vertreibung, nach Jahren der Gewalt und Entbehrung wieder in ihre Heimat zurückkehren. Sie haben ihre Sehnsucht und ihre Hoffnung nie aufgegeben. Doch nach acht Jahren türkischer Besatzung und der Herrschaft dschihadistischer Milizen ist Afrin nicht mehr dieselbe Stadt wie einst. Der Kampf um die eigene Heimat ist noch nicht vorbei. Die medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond hat die Menschen aus Afrin auf den verschiedenen Stationen ihres langen Weges begleitet und bleibt weiterhin an ihrer Seite.

«Wir weigern uns, angesichts des Leids Tausender Patient*innen wegzusehen», sagt Milena Ansari von der medico-Partnerorganisation Physicians for Human Rights Israel. Sie spricht von der Situation in Gaza ebenso wie vom Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheitssystems in der besetzten Westbank. Für Gerechtigkeit zu kämpfen, bedeutet

auch: weiterzumachen, gerade dann, wenn das Leid überwältigend ist und die politischen Verhältnisse scheinbar unverrückbar sind; weiterhinzuschauen, gerade dann, wenn die Aufmerksamkeit nachlässt.

Das prägt auch unser Verständnis von langfristiger solidarischer Partnerschaft. Das Solarprojekt für das Kinderspital «El Cerro» in Kuba steht für eine jahrzehntelange internationalistische Solidarität, die sich gegen US-Imperialismus und Blockade behauptet und bis heute konkrete Unterstützung möglich macht.

Die Geschichten in diesem Bulletin zeigen: Gerade in schwierigen politischen Zeiten müssen wir auch die Erfolge sehen, um aus ihnen Kraft für den weiteren Kampf zu schöpfen. «Niemals aufgeben» – das klingt schnell nach einer blossen Parole. Für uns bedeutet es, Hoffnung als kollektiven Prozess und als tägliche Handlung zu verstehen. Sie entsteht dort, wo Menschen sich zusammenschliessen, sich widersetzen, einander unterstützen und Möglichkeiten offenhalten, wenn andere keine mehr sehen.

Unsere Partner*innen zeigen grosse Widerstandskraft. Ihr Kampf für Gerechtigkeit benötigt auch unseren langen Atem, unsere beharrliche Solidarität. Danke, dass Sie diesen Weg mit uns gehen!



Alice Froidevaux
Kommunikation

Neuer Anlauf zur Wiedergutmachung

Dreissig Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen präsentiert die guatemaltekische Regierung ihren neuen Plan für die Opfer des Bürgerkriegs. Eine Einschätzung.

Muriel Fischer & Angelika Stutz

— Am 25. Februar, dem Nationalen Tag der Würde der Opfer des internen bewaffneten Konflikts, stellte der sozialdemokratische Präsident Arévalo einen neuen Plan zur Wiedergutmachung vor. Er entstand gemeinsam mit der Präsidialkommission für Frieden und Menschenrechte (COPADEH) und der Nationalen Plattform der Opfervereinigungen.

Der auf zehn Jahre angelegte Plan versteht Wiedergutmachung ganzheitlich und folgt den fünf Säulen der UNO: Restitution, Entschädigung, Rehabilitation, Genugtuung und Garantien der Nichtwiederholung. Doch vieles bleibt darin unklar und die Herausforderungen der Umsetzung bleiben gross.

1996 unterzeichneten Regierung und Guerillaführung der URNG Friedensabkommen, die unter anderem Aufarbeitung und Wiedergutmachung, demokratische und soziale Reformen sowie die Stärkung der Rechte der indigenen Bevölkerung vorsahen.

Doch seither ist wenig passiert. «In diesen 30 Jahren haben das politische Bekenntnis zu den Abkommen und der Wille zu ihrer Umsetzung zunehmend nachgelassen», sagt Marco Antonio Figueroa Hernandez, Präsident der medico-Partnerorganisation AGPD eine Selbsthilfvereinigung für Kriegsversehrte. Institutionelle Strukturen, die die Umsetzung hätten stützen sollen, seien verschwunden. Die Wiedergutmachung habe sich weitgehend auf finanzielle Entschädigung beschränkt, die von wechselnden Regierungen oft politisch inszeniert wurde. Bis heute seien die Opferlisten lückenhaft und teils willkürlich, während es an Geld und politischer Kontinuität fehle. Bis heute hat der Staat den Genozid an der indigenen Ixil-Bevölkerung nicht anerkannt – trotz eines historischen Schuldspruchs gegen den damaligen De-facto-Staatschef Efraín Ríos Montt.

Die Verschwundenen

Eine wichtige Errungenschaft des neuen Plans zur Wiedergutmachung ist die geplante Verankerung der Suche nach den Verschwundenen als staatliche Aufgabe. Das ist vor allem auch dem jahrzehntelangen Engagement der Opferverbände zu verdanken. Bislang lagen Suche und Exhumierungen weitgehend bei zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der stark von Frauen geprägten Gruppe von Suchenden «Grupo de Apoyo Mutuo (GAM)» oder

Die Suche nach Verschwundenen ist weit mehr als eine humanitäre Aufgabe.

Historische Schuld

«Den Opfern Würde zu verleihen bedeutet, ihr Leben zu würdigen und anzuerkennen, dass sie Namen, Träume und Familien hatten und dass ihre Abwesenheit eine unersetzliche Lücke in unserem sozialen Gefüge hinterlässt», erklärte Präsident Arévalo bei der Vorstellung des Plans. Dieser sei «ein entscheidender Schritt, um der historischen Schuld des Staates gegenüber den Opfern gerecht zu werden».

36 Jahre dauerte der interne bewaffnete Konflikt in Guatemala. Er forderte insbesondere unter der indigenen Bevölkerung Opfer von Massakern und schweren Menschenrechtsverletzungen. Die Wahrheitskommission sprach von Genozidhandlungen. Am 29. Dezember



Eine zentrale Errungenschaft des neuen Wiedergutmachungsplans: die Verankerung der Suche nach Verschwundenen als staatliche Aufgabe.

der Fundación de Antropología Forense de Guatemala (FAFG).

Die Suche ist weit mehr als eine humanitäre Aufgabe: Sie ist zentral für die Aufarbeitung der historischen Schuld. Solange Angehörige nicht wissen, was mit ihren verschwundenen Familienmitgliedern geschehen ist, bleiben Wahrheit, Anerkennung und eine würdige Bestattung für viele unerreichbar. Ob aus der Suche eine nachhaltige staatliche Praxis wird, hängt nun von der Umsetzung und vom politischen Willen ab.

Politische Realität

«Der gute Wille der derzeitigen Regierung steht im Gegensatz zur Realität, die von den tatsächlichen Machthabern im Land, dem sogenannten Pakt der Korrupten, geschaffen wird», sagt Figueroa Hernandez. Noch ist vieles offen: Finanzierung, Ziele und Umsetzungsschritte sind im Plan noch nicht ausformuliert. Der Plan ist nicht gesetzlich verankert, sondern innerhalb der Exekutive angesiedelt. Die Umsetzung liegt bei den verschiedenen Ministerien. COPADEH als zuständige Koordinationsstelle verfügt ihnen gegenüber kaum über Sanktionsmöglichkeiten.

Damit hängt die Zukunft des auf zehn Jahre angelegten Plans wesentlich vom politischen Willen der jeweiligen Regierung ab. Schon mit den Wahlen von 2027 droht ein erneuter Kurswechsel. Der Einfluss des «Pakts der Korrupten», der die Aufarbeitung der Vergangenheit

immer wieder behindert und Justiz und Institutionen zu seinen Gunsten beeinflusst, verschärft die Unsicherheit.

Fortschritte müssen erkämpft werden

Dass es den Plan überhaupt gibt, ist vor allem ein Verdienst der Opferverbände und der guatemalteckischen Zivilgesellschaft. Dazu gehört die AGPD. Ihr jahrzehntelanges Engagement zeigt: Fortschritte entstehen nicht von selbst, sie müssen erkämpft werden. COPADEH-Vorsitzender Elvyn Díaz betont: «Was unsere Nation heute ausmacht, ist nicht der Schmerz, sondern der Mut derer, die nach Jahrzehnten des aufgezwungenen Schweigens ihre Stimme erhoben haben, um Wahrheit und Gerechtigkeit einzufordern.»

Der neue Plan ist ein wichtiger Schritt – aber noch lange kein Abschluss. Damit aus politischen Versprechen tatsächliche Wiedergutmachung wird, braucht es weiterhin den Druck und das Engagement der Zivilgesellschaft. Auch die AGPD wird sich weiterhin für Wiedergutmachung und insbesondere für die Rechte und medizinische Hilfe von Kriegsversehrten einsetzen.

✗



Das engagierte Team des Kinderspitals «El Cerro».

Solarstrom für Kinderspital

In Kuba werden Stromausfälle immer häufiger und länger. Für Krankenhäuser sind sie besonders kritisch. Eine Solaranlage soll die Energieversorgung des Kinderspitals «El Cerro» in Havanna sichern. Alice Froidevaux

— Ein gemeinsames Projekt kubanischer und internationaler Partner*innen will die Kraft der Sonne nutzen: Eine Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher soll im Kinderspital «El Cerro» in Havanna die Intensivstation und die Notaufnahme auch bei Stromausfällen mit Energie versorgen. Gleichzeitig soll sie das Spital ab Februar 2027 unabhängiger von der instabilen Stromversorgung machen und den Anteil erneuerbarer Energie erhöhen.

Schwere Energiekrise

Kuba befindet sich in einer schweren Energie- und Versorgungskrise. Eine zentrale Ursache ist die seit Jahrzehnten bestehende US-Blockade, die den Zugang zu internationalen Finanzmärkten und dringend benötigten Ressourcen verhindert. Zuletzt wurde die Situation durch ein Erdölembargo weiter verschärft. Die Folgen sind im Alltag der gesamten Bevölkerung spürbar – besonders gravierend sind sie dort, wo eine zuverlässige Stromversorgung überlebenswichtig ist: im öffentlichen Gesundheitswesen. Für Patient*innen können Stromunterbrüche lebensbedrohlich sein. Der Treibstoffmangel erschwert den Betrieb der vielerorts veralteten Notstromaggregate. Eine eigene Solarstromversorgung bietet hier eine verlässliche Alternative und löst einen Grossteil der Energieprobleme.

Notversorgung sichern

Das Kinderspital «El Cerro» liegt in einem Arbeiter*innenquartier von Havanna. Das Spital versorgt rund 45000 Menschen und verfügt über 121 Betten. Es ist ein nationales Referenzzentrum für verschiedene Bereiche der Kindermedizin, unter anderem für Nieren- und hormonelle Erkrankungen sowie schwere Dengue-Fälle.

Das Projekt sieht eine Photovoltaikanlage mit insgesamt 180 kWp vor, kombiniert mit einem Batteriespeicher. Damit kann der Stromverbrauch des Spitals während der Tagesstunden vollständig durch Solarenergie gedeckt werden. Der Batteriespeicher ermöglicht es zudem, die Intensivstation und die Notaufnahme auch während der Nacht sowie bei Stromausfällen mit Energie zu versorgen. Ein weiterer Ausbau der Anlage ist zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

Internationale Solidarität

Die von AMCA und mediCuba Europa koordinierte Kampagne wird von Partnerorganisationen in der Schweiz, Deutschland und weiteren Ländern getragen. Ergänzend zur Solaranlage sind solarbetriebene Transportfahrzeuge und einfache Notstromlösungen für wichtige Geräte geplant. So verbindet das Projekt den Ausbau erneuerbarer Energie mit konkreter Unterstützung für die öffentliche Gesundheitsversorgung in Kuba.

×

SPENDEN

- medico international schweiz unterstützt die internationale Solidaritätskampagne. Unterstützen auch Sie das Projekt mit einer Spende. Stichwort: «Kinderspital El Cerro»

Humanitäre Hilfe reicht nicht

Die Physicians for Human Rights Israel leisten weit mehr als medizinische Hilfe: Unter hohem Risiko dokumentieren sie Menschenrechtsverletzungen, machen sie öffentlich und klagen vor Gericht. Alice Froidevaux

«Wir weigern uns, angesichts des Leids Tausender Patient*innen wegzusehen – sei es in Gaza, wo viele weiterhin eingeschlossen sind, und keinen Zugang zu lebensrettender medizinischer Versorgung haben, oder in der Westbank, wo die israelische Politik das Gesundheitssystem der palästinensischen Autonomiebehörde an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hat», bekräftigt Milena Ansari, Direktorin der Abteilung für das besetzte palästinensische Gebiet bei den Physicians for Human Rights Israel (PHRI).

Ein zentraler Faktor sind die sogenannten «Clearance Revenues»: Steuern und Zölle, die Israel für die palästinensische Autonomiebehörde einzieht und einen erheblichen Teil ihres Budgets ausmachen. Israel nutzt sie jedoch immer wieder als politisches Druckmittel. Laut PHRI hat die israelische Regierung seit Beginn ihres Angriffskrieges bis Mitte 2026 mindestens 2,5 Milliarden US-Dollar an palästinensischen Steuereinnahmen zurückgehalten. Die Folgen treffen das Gesundheitswesen direkt: Das palästinensische Gesundheitsministerium hat inzwischen Schulden von über einer Milliarde US-Dollar bei privaten Spitälern und Pharmalieferanten angehäuft. Infrastruktur und Gehälter können nicht mehr finanziert werden.

«Im besetzten Westjordanland spielt sich eine Katastrophe ab.»

Gesundheit als Druckmittel

Einschränkungen des Rechts auf Gesundheit für Palästinenser*innen sowie die gezielte Schwächung des palästinensischen Gesundheitssystems durch Israel sind nicht neu. Im Zuge der seit drei Jahren laufenden, genozidalen Kampagne der rechtsextremen israelischen Regierung haben sie jedoch massiv zugenommen – und das nicht nur in Gaza.

«Im besetzten Westjordanland spielt sich eine Katastrophe im Bereich der öffentlichen Gesundheit ab, die von aussen kaum wahrgenommen wird», sagt Milena Ansari. Krankenhäuser und Kliniken seien geschlossen oder arbeiteten nur noch mit minimaler Kapazität. Gesundheitsfachkräfte erhielten nur einen Bruchteil ihrer Gehälter und befänden sich deshalb seit Mai 2026 im unbefristeten Streik. Hunderte Medikamente und Behandlungen seien nicht mehr verfügbar.

Patient*innen warten weiter

In Gaza setzen Personal und Bevölkerung alles daran, zerstörte Gesundheitsstrukturen wieder aufzubauen. Trotz des grossen Einsatzes warten unzählige Patient*innen weiterhin auf Behandlung. Auch nach dem vermeintlichen Waffenstillstand kontrolliert Israel, welche Güter nach Gaza gelangen und beschränkt die Einfuhr lebenswichtiger medizinischer Materialien und Medikamente. «Selbst grundlegende Dinge wie Desinfektionsmittel, Insulin oder Spritzen werden noch immer blockiert oder verzögert», berichtet Keren Shavit, Projektkoordinatorin bei PHRI. Besonders problematisch seien die undurchsichtigen und sich ständig ändernden Dual-Use-Bestimmungen: Güter, die als potenziell militärisch nutzbar eingestuft werden, werden blockiert. Aus einem Mangel an Material werde so eine Frage von Leben und Tod: «Krankheiten, die unter normalen

Bedingungen gut behandelbar wären, enden hier oft tödlich.»

Verhinderung eines gesunden Lebens

Der Angriff auf die Gesundheit beginnt nicht erst im Krankenhaus. Gesundheit hängt von ausreichender Ernährung, sauberem Wasser und einem Leben in Sicherheit ab. Was bedeutet es also, wenn Israel genau diese Grundlagen gezielt angreift? In Gaza wurde beinahe das gesamte Ackerland zerstört. Im Westjordanland werden Wasserquellen immer wieder von israelischen Siedlern unzugänglich gemacht. Gleichzeitig sind Palästinenser*innen täglich Gewalt, Vertreibung und der ständigen Bedrohung durch weitere Angriffe ausgesetzt. Ein Leben unter solchen Bedingungen gefährdet nicht nur die körperliche Gesundheit, sondern schafft auch einen dauerhaften Zustand von Angst und psychischer Belastung.

Nach einer regelrechten Aushungerungskampagne gelangen inzwischen zwar wieder mehr Lebensmittel nach Gaza, doch die Versorgung bleibt unzureichend. «Entscheidend ist nicht nur die Menge an Nahrungsmitteln, sondern auch die Qualität. Es gelangen vor allem sehr kalorienreiche, aber nährstoffarme Lebensmittel nach Gaza», sagt Chris Whitman, Palästina-Koordinator von medico international Deutschland. Besonders für verletzte Menschen sei das problematisch, ergänzt Keren Shavit: «Wer eine Amputation oder

schwere Verletzungen überlebt hat, braucht ausreichend Eiweiss und Nährstoffe, damit Knochen und Gewebe wieder aufgebaut werden können. Fehlen diese, kann der Körper seine Verletzungen nicht ausreichend heilen.»

Es braucht politisches Handeln

Angesichts der akuten Versorgungskrise in der Westbank baut PHRI die Apotheken als Teil ihrer mobilen Kliniken aus. Patient*innen werden nach medizinischer Prüfung mit dringend nötigen Medikamenten versorgt. Auf politischer Ebene fordert PHRI in einem aktuellen Positionspapier die israelische Regierung auf, die zurückgehaltenen Steuereinnahmen unverzüglich freizugeben. Zugleich setzt sich PHRI weiter für die Öffnung humanitärer Korridore nach Gaza und die Evakuierung von Patient*innen ein.

Auch als Schweizer Zivilgesellschaft müssen wir den Druck auf unsere Regierung hochhalten: keine Unterstützung, Duldung oder Mitwirkung an Völkerrechtsverletzungen. Humanitäre Hilfe kann Leben retten – doch sie darf nicht zum Ersatz für politisches Handeln werden. Es braucht ein Ende des Genozids in Gaza und die Befreiung des besetzten Palästinas.

✗



«Apotheke»: Die mobilen Kliniken der Physicians for Human Rights Israel (PHRI) versorgen Patient*innen auch mit dringend benötigten Medikamenten.

Afrin, Afrin du schöne Stadt ...

2018 vertrieb die türkische Invasion Zehntausende Menschen aus der nordsyrischen Stadt Afrin. Nach Jahren der Entwurzelung, Gewalt und Entbehrung kehren die ersten Familien zurück – begleitet vom Kurdischen Roten Halbmond. Maja Hess

— Es sind historische Bilder: Seit März 2026 kehren kurdische und ezidische Vertriebene nach Afrin zurück. Konvois mit Lastwagen und Minibussen, beladen mit Matratzen und Habseligkeiten. Familien, die sich auf die Rückkehr vorbereiten – voller Freude und Hoffnung. Mittendrin die medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond. Der erste Konvoi, der von Hassakeh nach Afrin aufbrach, wurde von einer ihrer mobilen Kliniken begleitet. Neben medizinischer Versorgung stellte die Organisation auch Trinkwasser und Hilfsmaterial zur Verfügung.

ihre Geschichte der Vertreibung sollte noch nicht zu Ende sein. Im Dezember 2024, während der Offensive der HTS, die zum Sturz des Assad-Regimes führte, lösten Milizen das Camp gewaltsam auf. Die Menschen wurden erneut zur Flucht gezwungen. Tausende flohen nach Aleppo, Tabqa und Raqqa – in die selbstverwalteten Gebiete im Nordosten Syriens. Anfang Februar 2026 nahmen die Streitkräfte der syrischen Übergangsregierung unter Al-Scharaa grosse Gebiete der Selbstverwaltung gewaltsam ein. Wieder mussten die Menschen aus Afrin ihre wenigen Sachen packen. Sie flohen weiter nach Hassakeh und Quamishlo. Dass nur wenige Wochen darauf die ersten Familien nach Afrin zurückkehren würden, war zu diesem Zeitpunkt keineswegs absehbar.

Die einst stolze, multiethnische Stadt hat tiefe Wunden.

Nicht nur einmal vertrieben

Im Sommer 2018 besuchten wir als kleine Delegation das Flüchtlingslager in Shehbah. Dort fanden Menschen aus Afrin – Kurd*innen, Ezidi*innen und zum Teil Araber*innen – in provisorischen Zelten Zuflucht, nachdem türkische Streitkräfte gemeinsam mit islamistischen Milizen im Januar 2018 in Afrin einmarschiert waren und die Kontrolle über die Stadt übernommen hatten. Das Heimweh war überall spürbar. Der Schmerz drückte sich in sehnsüchtigen Liedern aus. Die Kinder sangen: «Afrin, Afrin, du schöne Stadt.... Wir werden dorthin zurückkehren!»

Über Jahre hielten sich die Vertriebenen in Shehbah zwischen den Gebieten des Assad-Regimes und der Selbstverwaltung in Nordostsyrien, Rojava. Trotz der Not und Unsicherheit des Camplebens gaben sie ihre selbstorganisierten, demokratischen Strukturen aus Afrin nicht auf – und auch den Glauben an eine Rückkehr nicht. Doch

Hoffnung und Realität

Etwa 6000 Familien sind in den vergangenen sechs Monaten nach Afrin zurückgekehrt. Möglich wurde diese Rückkehr durch das Abkommen, das die kurdische Selbstverwaltung und die syrische Übergangsregierung unter Al-Scharaa Ende Januar 2026 schlossen. Nach Wochen schwerer Kämpfe sollte es vor allem eines: weiteres Blutvergiessen verhindern. Es regelt den Waffenstillstand und die schrittweise Eingliederung der kurdisch geführten Kräfte und Institutionen in den syrischen Staat. Zugleich erkennt es kulturelle und sprachliche Rechte von Minderheiten an und hält das Recht auf eine sichere und würdige Rückkehr der Vertriebenen fest. Für die Menschen aus Afrin bedeutete dies, worauf sie acht Jahre gewartet hatten: Die Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren.

Doch nach acht Jahren türkischer Besatzung und der Herrschaft dschiha-



Mitarbeitende des Kurdischen Roten Halbmonds begleiten die Rückkehr-Konvois.

was es einmal war. Die einst stolze, multiethnische Stadt hat tiefe Wunden. Häuser wurden zerstört und geplündert, Olivenhaine verwüstet, kulturelle und religiöse Orte zerstört. Noch immer sind Felder vermint. Hinter den Menschen, die jetzt zurückkehren, liegt eine Odyssee aus Flucht, Entbehrung, Gewalt und Schmerz.

Die Angst bleibt

Hassan, ein Pflegefachmann aus Afrin, ist vor einigen Monaten zurückgekehrt. Am Telefon erzählt er von einer gedrückten Stimmung und einer ungewissen Zukunft. Er sei arbeitslos und engagiere sich freiwillig im staatlichen Spital. «Es gibt hier keine ökonomischen Möglichkeiten», sagt er. Das Gesundheitssystem sei schlecht ausgestattet, Medikamente fehlen. Viel Menschen seien kriegsversehrt, hätten ihr Augenlicht oder Gliedmassen verloren. Über die seelischen Wunden werde noch kaum gesprochen: «Die Energie wird für das Überleben gebraucht», sagt Hassan.

Hassan ist Ezide. Die Angst der zurückgekehrten ezidischen Familien bleibt. «Die sunnitischen Araber akzeptieren meinen Glauben nicht», sagt er. Auch die kurdische Sprache und Identität haben trotz den neuen Abkommen nach acht Jahren Besatzung und Verdrängung noch keinen selbstverständlichen Platz im öffentlichen Leben. Es wird Zeit brauchen – und die Widerstandskraft der Menschen, damit Afrin wieder zu einer sicheren, multiethnischen Stadt

werden kann, in der verschiedene Gemeinschaften gleichberechtigt leben. Der Kurdische Rote Halbmond unterstützt die Menschen dabei, diese Widerstandskraft zu bewahren, damit das Lied über die schöne Stadt Afrin eines Tages wieder stolz und vielstimmig erklingen kann.

Weiter begleiten

Etwa 14 000 Familien warten weiterhin auf ihre Heimkehr nach Afrin. Seit der Vertreibung aus Afrin im Jahr 2018 begleiten die Teams des Kurdischen Roten Halbmonds – und medico mit ihnen – die Menschen durch die verschiedenen Stationen ihrer Flucht. In den Camps und mit mobilen Kliniken passen sie ihre Hilfe immer wieder an die jeweiligen Notsituationen an.

Diese Begleitung soll weitergehen. Da Afrin unter der politischen Autorität der Regierung in Damaskus steht, ist der Zugang für den Kurdischen Roten Halbmond derzeit erschwert. Neue Registrierungsprozesse sind notwendig. Doch die Teams sind zuversichtlich, ihre Arbeit bald auch in Afrin weiterführen zu können. Das über Jahre gewachsene Vertrauen, die Erfahrung und die mobilen Kliniken sollen auch künftig dabei helfen, die Menschen bei ihrer Rückkehr, beim Wiederaufbau ihrer Heimat und im Umgang mit dem Erlebten zu begleiten. Auch wir bleiben an ihrer Seite. ✕

Schwere Überschwemmungen in Guatemala

Heftige Regenfälle haben im Juli in Guatemala zu schweren Überschwemmungen geführt. Solche Extremwetterereignisse treffen die Menschen in Guatemala zunehmend häufiger und heftiger. Betroffen sind auch mehrere Gemeinden in den Regionen Las Verapaces und Ixcán, in denen Mitglieder der medico-Partnerorganisation Asociación Guatemalteca de Personas con Discapacidad (AGPD) leben. Häuser wurden überschwemmt, Felder verwüstet und die Saat weggeschwemmt. Für viele Familien bedeutet das den Verlust ihrer Lebensgrundlage und verschärft eine ohnehin schwierige wirtschaftliche Situation.

Um die Betroffenen unmittelbar zu unterstützen, hat medico 2000 CHF Nothilfe zugesprochen. Die AGPD verwendet die Mittel, um in den betroffenen Gemeinden Grundnahrungsmittel für ihre Mitglieder zu finanzieren. Wenn akute Notsituationen es erfordern, leistet medico zusätzlich zu seiner langfristigen Projektarbeit Nothilfe. In Guatemala unterstützt medico unter anderem Projekte für Kriegsversehrte, Hebammenausbildungen und traditionelle Naturmedizin.

Der Friedensprozess in der Türkei:

Verlauf, Reaktionen, Erwartungen

Seit Oktober 2024 werden in der Türkei Friedensgespräche zur Lösung der kurdischen Frage geführt. Im Verlauf dieses Prozesses hat die kurdische Arbeiterpartei PKK beschlossen, den bewaffneten Kampf zu beenden und sich aufzulösen. Während das türkische Parlament über die rechtlichen Grundlagen des Frie-



Aufbruchstimmung in der kurdischen Community.

densprozesses berät, hält sich die türkische Regierung mit konkreten politischen Zusagen bislang zurück.

Angesichts der Entwicklungen im «Nahen Osten» hat dieser Friedensprozess weit über die Türkei hinaus Bedeutung. Dennoch findet er in den Schweizer Medien und der Politik viel zu wenig Beachtung. Das wollen wir ändern. Die Schweizer «Plattform für Frieden und Solidarität» lädt ein zu einem Podiumsgespräch mit Mithat Sancar, Professor für Verfassungsrecht und Parlamentarier der DEM-Partei und Meral Çiçek, Aktivistin, Journalistin und Vertreterin der kurdischen Frauenbewegung in Europa.

Gemeinsam diskutieren wir über den bisherigen Verlauf des Friedensprozesses, seine Wahrnehmung in der türkischen Gesellschaft, seine Chancen, zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage beizutragen, die Rolle von Frauen und die Erwartungen an die internationale Gemeinschaft.

Freitag, 25. September 2026, 19 Uhr

Kirchgemeindehaus Aussersihl

Stauffacherstrasse 8, 8004 Zürich

Weitere Infos: www.medicointernational.ch

Gesundheit für alle

Unterstützen Sie Menschen im Kampf für einen gerechten Zugang zu Gesundheit. Vielen Dank!



medico international schweiz
Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich

Quellenstrasse 25, 8005 Zürich

www.medicointernational.ch

info@medicointernational.ch

IBAN CH57 0900 0000 8000 7869 1

